

NEWSLETTER KLIMA-ANTIREPRESSION #14 - Januar 2021

Hallo in die Runde,

in den letzten Monaten ging es ab im Danni, mal wieder wurde ein Wald gerodet, diesmal für eine Autobahn. Zwar ist vielen klar, dass Autobahnen und Klimaschutz nicht zusammen gehen, aber gerade deshalb wird der Widerstand gegen die in der BRD doch heiligen Autos mit aller Macht bekämpft, ob mit dem lebensgefährlichen Durchschneiden von Sicherungsseilen durch die Polizei oder durch Gerichte, die Menschen für Autobahnblockaden in Untersuchungshaft sperren. Aber auch sonst gibt es ein paar Neuigkeiten. Als Special beschäftigen wir uns diesmal mit dem Verfassungsschutz, einem oft eher indirekten Repressionsorgan.

Rheinland

- Rückblick auf Ende Gelände Aktionen
- Hungerstreik gegen Gewahrsam nach Lex Hambi
- Freispruch für Kohle ersetzen
- Betroffene von Massenverfahren wehren sich
- Prozesstermine

Lausitz/Leipziger Land

- Kein Hausfriedensbruch im Tagebau

Hessen

- Polizeigewalt im Danni
- In U-Haft wegen Autobahnblockade

Norden

- Tönnies fordert Schadensersatz von Aktivist*innen

Schwerpunkt Verfassungsschutz

- Was ist der „Verfassungsschutz“?
- Kritik am Verfassungsschutz
- Ende Gelände im Verfassungsschutzbericht
- Mit Druck ins Ausstiegsprogramm?

Viel Spaß beim Lesen!

RHEINLAND

Rückblick auf Ende Gelände Aktionen

Unter Corona-Bedingungen etwas erschwert, startete Ende Gelände Ende September 2020 im Rheinischen Revier. Anfangs gab es Streit um Kontaktlisten von allen auf Camps. Die Aktionen selbst waren wie schon so oft begleitet von teils krasser Polizeigewalt, die Cops fielen dabei besonders auf, als es gegen People of Color ging, aber auch der bunte Finger wurde inklusive Rollstuhlfahrer*innen mit Hunden bedroht. Neu in diesem Jahr war, dass hunderte Aktivist*innen nicht in eine von drei existierenden Gefangensammelstelle gebracht wurden, sondern mit Bussen bis zu 200km Entfernung in unterschiedliche Richtungen verfrachtet wurden. Aufwand fürs Einsammeln und Ersatzbestrafung sollen hier wohl das Ziel sein, rechtmäßig ist das vermutlich nicht – aber was interessiert das schon die Polizei. Die Cops, die auch einigen Menschen in Sammelzellen explizit das Tragen von Masken zum gegenseitigen Schutz verboten, wohl kaum.

Hungerstreik gegen Gewahrsam nach Lex Hambi

Die Anwendung der möglichen sieben Tage Gewahrsam für Verschleierung der Identität in NRW bleibt willkürlich: Im Juni wurden 80 Besetzer*innen aller Bagger im Tagebau Garzweiler nach 12 bis 24 Stunden wieder entlassen (rechtlich hätte natürlich nach spätestens 12 Stunden eine richterliche Überprüfung stattfinden müssen die es nicht gab). Ein paar Monate später im September, wurden ebenfalls nach einer Baggerbesetzung zehn Menschen für fast sechs Tage eingesperrt und wurden dabei, um Solidarität zu erschweren auf sieben verschiedene Orte aufgeteilt. Aus Protest, auch gegen diese Behandlung traten acht von ihnen in der Hungerstreik.

<https://verheizte-heimat.de/2020/09/01/garzweiler-baggerbesetzung-gefangene-klimaaktivistinnen-treten-in-den-hungerstreik/>

Freispruch für Kohle ersetzen

Kohle erSetzen! blockierte im Sommer 2019 Zufahrtsstraßen zum Tagebau Garzweiler im Rheinland. Es folgten etwa 20 Strafverfahren wegen Nötigung. Einen ersten Verhandlungstermin mit einem Freispruch als Ergebnis (in erster Instanz, die Staatsanwaltschaft ist leider in Berufung gegangen) gab es jetzt am 10. Dezember. Sowohl vor diesem Termin als auch aktuell werden angesetzte Termine teils auf unbestimmt vertagt, wofür z.B. Corona als Grund angeführt wurde. Es ist daher absehbar, dass auch der nächste anberaumte Termin am 14.01. um 9 Uhr am Amtsgericht Grevenbroich verschoben werden wird, Es zeigt sich bei allen Terminen jedoch die klare Tendenz zu Verhandlungsterminen am Donnerstag vormittags.

Infos unter: <https://kohleersetzen.noblogs.org/> und falls ihr auch anlässlich dieser oder anderer Kohle erSetzen!-Aktionen Post bekommen habt, meldet euch umgehend bei: jura-selbsthilfe-2019@kohle-ersetzen.de

Betroffene von Massenverfahren wehren sich

Nach der Ende Gelände Aktion im Rheinland 2019 versuchen RWE und Staatsanwaltschaften Menschen zu verfolgen wegen Hausfriedensbruch, denen sie vorwerfen im Tagebau gewesen zu sein. Offensichtlich ist das nicht so einfach, an einem kleinen Amtsgericht wie Grevenbroich so viele Verfahren zu führen, sodass jetzt vielen Betroffenen, die Einspruch gegen die Strafbefehle einlegten, Einstellungen gegen Zahlung von Geldauflagen angeboten werden – ein erster Schritt, aber es wird weiter gekämpft. Die Aktivist*innen lassen sich nicht einschüchtern und wehren sich gemeinsam. Wer zu Ende Gelände Aktionen Post bekommen hat kann sich an

[legal team fuer alle@posteo.de](mailto:legal_team_fuer_alle@posteo.de) wenden.

<https://www.ende-gelaende.org/news/repression-kann-uns-nicht-aufhalten/>

Prozesstermine im Rheinland

28.1.2021, 9 Uhr, Amtsgericht Erkelenz, inklusive Kundgebung vorm Gericht
Verhandelt wird Hausfriedensbruch von Ende Gelände Juni 2019

LAUSITZ / LEIPZIGER LAND

Kein Hausfriedensbruch im Tagebau

Gute Nachricht aus Borna: Ein Amtsgericht hat zwei Personen freigesprochen, die während der Ende Gelände Aktion im November 2019 in den Tagebau eingedrungen sein soll. Grund dafür ist, dass es ein Gebiet im Tagebau gibt, welches nicht umfriedet ist (was bei einem so großen Gelände auch fast unmöglich ist). Also mal wieder eine Schlappe für LEAG und den Staat, über die wir uns freuen können! Weitere Prozesse stehen an, der Ausgang des ersten lässt uns zuversichtlich darauf blicken.

HESSEN

Polizeigewalt im Danni

Die Räumung im Dannenroder Wald war geprägt von massiver Polizeigewalt und Cops, die das Leben von Aktivistis wissentlich gefährdeten, indem sie Seile durchschnitten, teilweise obwohl sie mit Schildern „Lebensgefahr“ gekennzeichnet waren. Deshalb kam es zu mehreren Stürzen mit schweren Verletzungen. Gegen zwei Menschen, die sich umklammert hielten, wurde in mehreren Metern Höhe ein Taser eingesetzt, um den Aktivistis Schmerzen zuzufügen und sie zum Loslassen zu bewegen. Das Foltergerät wurde bei der Einführung verkauft als Alternative zur Schusswaffe, wie enthemmt damit umgegangen wird, zeigt sich hier. Die Polizeiführung leugnet oder rechtfertigt diese lebensgefährlichen Einsätze, teilweise gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft. Eine Analyse dessen findet sich in dieser Momentaufnahme:

<https://hambacherforst.org/blog/2020/11/17/polizeigewalt-und-legitimation-durch-falschmeldungen/>

In U-Haft wegen Autobahnblockade

Aus Solidarität mit den Verteidiger*innen des Dannenröder Waldes gab es mehrmals Autobahnblockaden durch Abseilaktionen. Bei einer Blockade an drei verschiedenen Orten wurden Ende Oktober beteiligte Personen in Untersuchungshaft genommen, unbeschadet dessen, dass die Staatsanwaltschaft Gießen in dem Vorgang nur eine Ordnungswidrigkeit sieht. Dass der Abschreckungseffekt nicht wirklich geholfen hat, zeigte sich Ende November, als diesmal an sieben Orten gleichzeitig Autobahnen blockiert wurden. Trotzdem sitzen noch mehrere Menschen nach den Räumungen im Danni in Untersuchungshaft. Lasst sie nicht allein, macht Soli-Aktionen und schreibt ihnen!

<https://freethemall.blackblogs.org/>

NORDEN

Tönnies fordert Schadensersatz von Aktivist*innen

Weil sie den Tönnies-Schlachthof in Kellinghusen (Schleswig Holstein) im Oktober 2019 für knapp elf Stunden blockierten, fordert der Tönnies-Konzern 40.000 Euro Schadensersatz von 30 Tierrechts- und Klima-Aktivist*innen der Aktionsgruppe „Tear Down Tönnies“ und droht damit, die Zahlung gerichtlich durchzusetzen. Die Aktivist*innen bereiten sich auf einen Prozess vor und rufen hierfür zu Spenden auf.

Mehre lokale und überregionale Medien berichteten überwiegend kritisch über die dreiste Forderung von Tönnies. Wir möchten die Aktivist*innen hiermit bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Spendenkampagne unterstützen.

"Einem Konzern, der seinen Gewinn mit der Ausbeutung von Menschen, Tieren und Umwelt macht, sollen wir Schadensersatz zahlen? Das sehen wir anders. Wenn jemand Schadensersatz zu leisten hat, sind es wohl die Konzerne, die für Klimawandel, Artensterben, Landraub und die Zerstörung unserer Lebensgrundlage verantwortlich sind. Und nicht diejenigen, die sich dagegen engagieren!", heißt es in dem Spendenaufruf von Tear Down Tönnies.

Spenden könnt ihr auf folgendes Konto:

Empfänger: VusEumUmseP e.V.

IBAN: DE30 8306 5408 0004 0613 81

BIC: GENODEF1SLR

Betreff: TDT2110 [WICHTIG!]

Bitcoin-Adresse: 1HRszUVJGwzuC5oGhaCQutF9Fk1548e7iX

Mehr Infos unter: <https://teardowntoennies.noblogs.org>

Einen Pressespiegel findet ihr hier:

<https://gemeinsam-gegen-die-tierindustrie.org/presse/>

SCHWERPUNKT VERFASSUNGSSCHUTZ

Was ist der „Verfassungsschutz“?

Der „Verfassungsschutz“ sind eigentlich 17 unterschiedliche Behörden, eine für den Bund und dann eine pro Bundesland. Sie bilden den deutschen Inlandsgeheimdienst, das heißt eine Behörde die per Definition die Bürger*innen bespitzelt. Neben allgemeiner Internetrecherche werden deshalb auch geheimdienstliche Methoden wie Abhören und der Einsatz von eingeschleusten Spitzeln und V-Personen (Personen aus der Szene, die vom VS für Informationen bezahlt werden) eingesetzt.

Kritik am „Verfassungsschutz“

Seit seiner Gründung durch alte Nazis ist der „Verfassungsschutz“ rechts und antikommunistisch ausgerichtet. Da es nie einen Bruch gab, setzt sich das bis heute fort. So musste der letzte Chef Maaßen u.a. gehen, weil er 2018 behauptete, es hätte keine Menschenjagden in Chemnitz gegeben und weil er die AfD-Spitze im Geheimen dazu beriet, wie sie einer Beobachtung durch die ihm

unterstehende Behörde entgehen könnten. Der jetzige Chef Haldenwang wollte im Bundestagsausschuss lieber über den Widerstand im Hambacher Forst reden als über menschenjagende und mordende Nazis. Die Geschichten um den NSU sind voll mit nicht nur Versagen und Vertuschung, sondern auch aktivem Mitmischen des VS und die Finanzierung extrem rechter Strukturen durch das V-Mann-System. Hätte der VS seine Informationen an die Polizei weiter gegeben, hätten möglicherweise einige der Attentate des NSU verhindert werden können. Wo es nur geht, werden rechte Netzwerke verharmlost. Gleichzeitig sind VS-Mitarbeiter*innen in Neonazinetzwerke und extrem rechte Chatgruppen verstrickt, was die Recherchen zu „Nordkreuz“ oder Uniter beispielsweise gezeigt haben. Mehr Befugnisse und mehr Geld für den VS werden die Situation deshalb nur verschlimmern.

Zum Weiterlesen empfehlen wir das Buch „Den NSU Komplex analysieren“, herausgegeben von [Juliane Karakayali](https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3709-0/den-nsu-komplex-analysieren/), [Çagri Kahveci](https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3709-0/den-nsu-komplex-analysieren/), [Doris Liebscher](https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3709-0/den-nsu-komplex-analysieren/) und [Carl Melchers](https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3709-0/den-nsu-komplex-analysieren/): <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3709-0/den-nsu-komplex-analysieren/> und „Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts“ von Tom David Uhlig / Eva Berendsen / Katharina Rhein; <https://www.verbrecherverlag.de/book/detail/1008>

Ende Gelände im Verfassungsschutzbericht

Statt mit rechten Terrornetzwerken beschäftigt sich der Verfassungsschutz unter anderem mit Klimaaktivisten. So stehen die Aktivitäten von Ende Gelände in mehreren Verfassungsschutzberichten, in NRW gab es beispielsweise immer wieder Berichte über die Aktionen. In Berlin wurde die Ortsgruppe von Ende Gelände vom Verfassungsschutz im Mai 2020 explizit als „linksextremistisch“ eingestuft. Uns erscheint es notwendig, dieser Einstufung einen Rahmen zu geben und sie einzuordnen: Die Verfassungsschutzberichte sind der Arbeitsnachweis der VS-Behörden und letztlich nichts anderes als staatliche Propaganda. Mit der Einordnung verschiedener Bewegungen und Strukturen als „extremistisch“, werden diese als außerhalb des demokratischen Meinungsdiskurses dargestellt und somit auch deren Inhalte delegitimiert. Dabei werden mithilfe der Extremismuskonzepte Schienenbesetzungen, Adbusting oder Hausbesetzungen auf eine Stufe gestellt mit rechten Gruppierungen & Netzwerken, die Waffen horten, Feindeslisten anlegen und für einen Tag X trainieren, für den sie schon mal vorsorglich Leichensäcke bestellt haben. Man könnte also versuchen, diese nutzlose Propaganda-Behörde zu ignorieren, wenn ihre Einschätzungen nicht auch für Finanzmittelvergaben, Einschätzungen zur Gemeinnützigkeit von Vereinen und Einstellungen in den öffentlichen Dienst heran gezogen würden – und wenn nicht trotz all der weithin bekannten Kritik, Öffentlichkeit und Medien die Einschätzung allzu oft kritiklos übernehmen würden. Im Übrigen hat der VS keine Beweispflicht für seine Einschätzungen, sondern die von ihm Diffamierten müssen entgegen den Aussagen des VS ihre „Verfassungstreue“ beweisen. So ergeht es aktuell beispielsweise der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten), denen die Gemeinnützigkeit vom Finanzamt aberkannt wurde, weil der bayerische VS sie als „extremistisch“ einstuft und die nun horrenden Summen an Steuern nachzahlen müssen. Im Post-Nationalsozialistischen Deutschland, müssen Kriegsgeschädigte und Antifaschist*innen dem Staat also gegen das Wort einer von Nazis gegründeten Behörde ihre Gemeinnützigkeit beweisen...

Für mehr Details empfehlen wir Folge 16 des Ende Gelände Podcasts, der die Einstufung als „linksextremistisch“ kritisch beleuchtet: <https://www.ende-gelaende.org/podcast/>

Um in Verfassungsschutzberichten zu lesen, nutzt nicht die Webseiten des VS selbst, sondern dieses unabhängig aufgebaute Archiv: <https://verfassungsschutzberichte.de/>

Mit Druck ins Ausstiegsprogramm?

Konfrontiert mit dem „Verfassungsschutz“ sind wir nicht nur abstrakt, sondern auch konkret, wenn sie gerade junge Leute in ihr Ausstiegsprogramm „Linksextremismus“ zwingen wollen und dazu verschiedene Wege suchen, sie unter Druck zu setzen. Dabei bekommen sie Infos über laufende Strafverfahren wegen Klima-Aktionen von den Cops, versprechen Verfahrenskosten zu zahlen oder ein gutes Wort bei Richtenden einzulegen. Einen spannenden Bericht mit kleinem Einblick darin wie die Geheimbehörden arbeiten und etwas mehr Hintergründen zum Kritik am VS findet ihr hier: <http://antirrr.nirgendwo.info/2020/05/19/jugendamt-und-verfassungsschutz-vereint-mit-dem-aussteigerinnenprogramm-fuer-linksextremismus-wegen-teilnahme-an-ende-gelaende-aktion/>

Alle alten Newsletter findet ihr auch hier: <http://antirrr.nirgendwo.info/newsletter/>

Wir sehen uns auf der Straße, in den Bäumen oder notfalls auch vor Gericht!

AntiRRR